gebrandmarkt, so daß sie wissen, was sie von dem ganzen Wohlfahrtsschwindel zu halten haben.

Die Wohlfahrtspflege der Arbeiter liegt noch sehr im argen, sie zu fördern thut dringend not. Was in diesem Sinne von den Unternehmern gefordert werden muß, sind: der Neunstundentag, später der Achtstundentag, 1½stündige Mittagspause, Freigabe des Sonnabend-Nachmittags, vollständige Sonntagsruhe, auskömmlich hohe Arbeitslöhne, anständige, achtungsvolle Behandlung der Arbeiter, gesunde, allen Anforderungen der Gewerbehygiene entsprechende Arbeitsräume, genügende Schutzvorrichtungen, Respektierung aller Rechte und Freiheiten der Arbeiter, völlige Unabhängigkeit der Arbeiter außerhalb des Arbeitsverhältnisses, d. h. außerhalb der Fabrik und Werkstätte, daher Bekämpfung aller Verhältnisse und „Wohlfahrtseinrichtungen", welche geeignet sind, die Arbeiter vom Unternehmer abhängiger zu machen. Selbst ein österreichischer Fabrikinspektor, derjenige von Linz, schrieb schon vor Jahren: „Die beste Wohlfahrtseinrichtung für die Arbeiter sind hohe und auskömmliche Arbeitslöhne, mit denen sie alle ihre Bedürfnisse befriedigen können." Alles andere ist nur geeignet, das Verhältnis zu verschleiern, zu verwirren und zu komplizieren und den Arbeiter zum Hörigen, zum Leibeigenen des Unternehmers, des Kapitals zu machen.

Darum fort mit allem Wohlfahrtsschwindel!

Aus unserm Beruf.

— **Hessisch-Oldendorf.** Da am hiesigen Orte in zwei Schuhfabriken 32 Kollegen mit 45 Kindern ausgesperrt worden sind, weil diese dem Verein deutscher Schuhmacher angehören, so ersuchen wir alle Kollegen, uns in diesem Falle zu unterstützen. Alle Gelder sind zu senden an August Mucke, Hinterestr. 128.

— **Eberswalde.** Ueber die Filzschuhfabrik von A. Brodt ist bis auf weiteres die Sperre verhängt. Wir bitten den Zuzug auch weiterhin nach hier fernzuhalten.

— **Neustadt** (Oberschl.) Hier sind Differenzen wegen Maßregelung ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

— **Pirmasens.** Der Streik der Zwicker bei der Firma Ihlr dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten.

— **Köln.** Wegen Maßregelung eines Kollegen (Unterkassierer) in der Rheinischen Schuhfabrik, G. m. b. H., ist der Zuzug streng fernzuhalten.

— **Schlierbach.** Da wir uns in Lohndifferenzen befinden, so bitten wir, den Zuzug nach hier streng fernzuhalten. Die Ueberholer haben gekündigt.

— **„Der Schuhmarkt"** beschäftigt sich wieder in der gewohnten Weise mit der gegenwärtigen Bewegung in Pirmasens. Natürlich sind die Fabrikanten die unschuldigen Lämmer, welche kein Wässerchen trüben und nur die Arbeiter sind diejenigen, welche einen freien Kampf heraufbeschwören durch fortgesetzte unberechtigte Forderungen. Dem gegenüber stellen wir fest, daß der größte Teil der Differenzen dadurch hervorgerufen wurde, daß die Fabrikanten bis in die letzte Zeit hinein Lohnabzüge vorgenommen haben. Eine Aufstellung, welche wir über die seit August d. J. vorgekommenen Differenzen und Streiks in Pirmasens vorgenommen haben, zeitigte folgendes Resultat: Es waren im ganzen 33 Fälle zu verzeichnen, in welchen es zu Differenzen kam, in 5 Fällen kam es zu Arbeitseinstellungen. Diese Arbeitseinstellungen wurden hervorgerufen in einem Falle, weil der Fabrikant bei Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit den Lohn der Zuschneider kürzte, obwohl er selbst zugestand, daß die Zuschneider in der zehnstündigen Arbeitszeit soviel leisten, als vorher in der elfstündigen. In einem weitern Falle kam es zur Arbeitseinstellung, weil der Fabrikant gemachte Zugeständnisse nicht eingehalten hatte. In einem andern Falle verlangten die Arbeiter die Abstellung verschiedener Mißstände und bekamen deshalb vom Fabrikanten gekündigt, so daß nur zwei Fälle übrig bleiben, in welchen es wegen Lohnforderungen der Arbeiter zu einem Streik kam. In 5 Fällen haben die Fabrikanten, nachdem sie sahen, daß ihre Arbeiter in Werkstattversammlungen zusammen gekommen waren, selbst einen Lohntarif von den Zwickern verlangt. In 9 Fällen wurden seitens der Arbeiter Forderungen gestellt, welche auch zum größten Teil bewilligt wurden. In fast allen Fällen, wo Forderungen gestellt wurden, waren im Verlauf der letzten zwei Jahre Lohnreduktionen vorgekommen. In 4 Fällen kam es zu Differenzen wegen Maßregelung, Abzug von Strafgeld, Abzug von Maschinengeld bei den Stepperinnen und zweierlei Zwicklöhne für ein und dieselbe Arbeit. In 10 Fällen wurden bei den Zwickern sowie bei den Stepperinnen Lohnreduktionen vorgenommen. Wir werden demnächst eine ausführliche Darstellung der ganzen Bewegung in Pirmasens geben und hierbei jeden einzelnen Fall unter Nennung der Firma besonders behandeln. Aus vorstehendem ist zur Genüge zu ersehen, ob den Arbeitern eine Schuld an der zugespitzten Situation beizumessen ist oder nicht. Die Fabrikanten thun so, als ob sie den Arbeitern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wären, als ob die Arbeiter die Pirmasenser Schuhindustrie dem Ruin entgegen treiben wollten. Dabei verlangen die Arbeiter weiter nichts, als daß dort, wo die Löhne in der letzten Zeit gekürzt wurden, wieder aufgebessert werden und daß in denjenigen Fabriken, wo die Löhne derartig niedrige sind (gibt es doch Fabriken, welche für ein Dutzend Paar Lederstiefel zu zwicken und aufzusohlen nur 2 Mk. bis 2,20 Mk., also für das Paar 16½ bis 18¼ Pf. bezahlen), daß es den Arbeitern unmöglich ist, auch nur einigermaßen etwas zu verdienen, eine Erhöhung der Löhne eintritt. Auch die Stepperinnen, jammert der „Schuhmarkt", beteiligen sich an der Bewegung, ja gewiß, und mit Recht verlangen die Stepperinnen in einzelnen Fällen eine Aufbesserung, ist doch dem Schreiber dieses eine Fabrik bekannt, welche nicht etwa zu den kleinsten gerechnet werden kann, welche für Herren-Chevreaux-Zwickelstiefel pro Dutzend **1 Mk.** bezahlt, dabei müssen die Stepperinnen noch das Material selbst stellen. Und angesichts solcher Zustände sollen die Arbeiter kein Recht haben, irgend welche Forderungen zu stellen? Ja, wir sind der Meinung, daß es im Interesse der ganzen Schuhindustrie liegt, wenn mit diesen Schundlöhnen, auf Grund deren allein eine unsaubere, die ganze Industrie schädigende Schmutzkonkurrenz getrieben wird, aufgeräumt wird. S.

— **Zur Entwickelung der deutschen Schuhindustrie.** Im 9. Bande des bekannten großen Werkes über die Lage des Handwerks in Deutschland gibt Paul Voigt auf Grundlage der Gewerbestatistik von 1882 und 1895 eine Darstellung der Entwickelung des Handwerks, wobei auch die Schuhindustrie berücksichtigt ist. Der Stand derselben in den beiden Zähljahren war folgender:

	1882	1895
Zahl der Selbständigen	145118	235328
„ „ Abhängigen	184204	166858
Gesamtzahl der Erwerbsthätigen	429322	402186
Auf 1 Selbst. kommen Abhängige	0,75	0,71

Dazu wird im Texte bemerkt: In der Schuhmacherei haben sich die Selbständigen um 4 Prozent, die Abhängigen um 9,5 Proz. verringert, was niemanden überraschen wird; man könnte sich höchstens wundern, daß der Rückgang nicht noch größer ist. Doch hat das Schuhmachergewerbe immerhin schon mehr als ein Sechstel seiner relativen Bedeutung eingebüßt. Der Umfang des Großbetriebs dokumentiert sich in der gestiegenen Zahl des Verwaltungspersonals (1882 782, 1895 2648), der weiblichen Erwerbsthätigen, welche sich beinahe verdoppelt haben (1895 15209) und der ungelernten Arbeiter, die für 1895 auf 7845 (darunter allerdings 3383 weibliche) angegeben sind. Auch die Zahl der „Sitzgesellen" (Heimarbeiter) hat sich bedeutend (um 52 Prozent) vermehrt: 1882 wurden 12862, 1895 19592 selbständige Hausindustrielle beschäftigt, die ihrerseits wieder 3328 Gehilfen hatten. Und schließlich im allgemeinen wird gesagt: In welchem Tempo sich der weitere Rückgang des Handwerks vollziehen, in welcher numerischen Stärke und in welchen Teilen seines ehemaligen Produktionsgebietes es sich schließlich behaupten wird, das sind Fragen, die sich heut noch nicht mit Sicherheit beantworten lassen. Aber das steht fest: Als Betriebsform ist es in der großen Mehrzahl der Gewerbe überwunden und auch seine alte Bedeutung für die soziale Klassenbildung hat es größtenteils verloren. — In der Schuhmacherei wird freilich neben der Fabrikschuhmacherei die handwerksmäßige Betriebsform noch lange Zeit aufrecht bleiben.

— **Wohlfahrtseinrichtungen in der Schuhindustrie.** Auch im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein der Schuhmacher und Lederarbeiter hat man sich zu einer ablehnenden Auffassung der sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen entwickelt, wie folgende Briefkastennotiz im „Lederarbeiter" beweist: „Vom Gewerkvereinsstandpunkt der persönlichen Freiheit betrachtet, sind alle von Arbeitgebern geschaffene Wohlfahrtseinrichtungen mehr oder weniger ein Uebel. Namentlich solche, wie der zum ewigen Schlaf dahin gegangene Kanonenkönig Krupp geschaffen hat, die auf die Arbeiter einen unerträglichen, ja unheimlichen Druck ausüben, wie bei den Lohnabzügen, die genannte Firma im Sommer dieses Jahres zur „Erzielung besserer Betriebsergebnisse" vornahm. Wohlfahrtseinrichtungen dieser Art berauben dem Arbeiter seine Freiheit und sein Selbstbestimmungsrecht, führen zur moralischen Versklavung, zur Hörigkeit und Abhängigkeit." — Die Abhängigkeit des Arbeiters ist im Arbeitsverhältnis freilich immer vorhanden, die Wohlfahrtseinrichtungen verstärken sie aber in gemeinschädlicher Weise.

— **„Um den Uebergriffen der Arbeiter entgegenzutreten"**, anderseits auch den zahlreichen Uebelständen in der Branche, schließen sich die Schuhfabrikanten in Pirmasens und Umgebung in Vereinigungen zusammen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Um den Uebergriffen der Fabrikanten entgegenzutreten, haben sich endlich die Arbeiter aufgerafft, so daß ihrer heute fast 3000 im Verein deutscher Schuhmacher organisiert sind. Wollen die Fabrikantenvereinigungen auf ihre Mitglieder erzieherisch einwirken, was in verschiedener Beziehung wünschenswert und notwendig wäre, so würden wir sie nur begrüßen.

— **Notiz-Kalender für Schuhmacher 1903.** In Nr. 11 der „Neuen Zeit" bespricht der Genosse Ad. Br. neben verschiedenen anderen Gewerkschafts-Notiz-Kalendern auch den unter Mitwirkung des Vorstandes vom Verein deutscher Schuhmacher herausgegebenen Notiz-Kalender für Schuhmacher. Der Genosse Ad. Br. bezeichnet den Artikel über die Entwicklung unserer Organisation und das in demselben enthaltene statistische Material als sehr interessant. Zum Schlusse erklärt der Referent: „Eine Reihe von Kalendern, so vor allem die der Holzarbeiter, Kupferschmiede und **Schuhmacher,** sind zu den Quellen für die deutsche Gewerkschaftsgeschichte zu rechnen." So anerkennenswert dieses Urteil über den Kalender und seinen historischen Inhalt ist, so bedauerlich ist die Thatsache, daß nur 2000 Exemplare hergestellt wurden und einlaufende Bestellungen nicht mehr erledigt werden können. Da nun der Versuch mit der Herausgabe eines Notizkalenders, der speziell für unseren Kollegenkreis berechnet ist, wider Erwarten als gelungen bezeichnet werden muß, so ist zu erwarten, daß im nächsten Jahre eine bedeutend größere Auflage hergestellt wird, so daß auch noch einzelne Nachbestellungen ausgeführt werden können. Der Freundeskreis, den der Notiz-Kalender bei seinem erstmaligen Erscheinen erworben hat, dürfte sich voraussichtlich sehr erweitern und damit wird der Notiz-Kalender für später nicht mehr aus unseren Reihen verschwinden.

Auf die Peitsche — das Zuckerbrot.

Der letzte Versuch des Pirmasenser Fabrikantenvereins, durch Androhung einer Aussperrung der unbequemen Organisation der Arbeiter den Garaus zu machen, ist kläglich gescheitert. Das zu diesem Zwecke bis nach Zweibrücken, Dahn und alle umliegenden Orte, wo sich Schuhfabriken befinden, in Massen verbreitete Flugblatt der Fabrikanten bewirkte gerade das Gegenteil von dem was die Herren beabsichtigten, denn unsere Organisation hat nicht allein in Pirmasens um 1000 Mitglieder zugenommen, sondern auch in allen übrigen umliegenden Orten. Man scheint aber auch in den Kreisen der Fabrikanten einzusehen, welche Dummheit man mit dem Flugblatt gemacht, denn man versucht es jetzt mit „humanen" Mitteln zum Ziel zu gelangen. In der Schuhfabrik des Herrn Ed. Rheinberger, allwo die Arbeiter bis dato zufrieden waren, wurde folgende Bekanntmachung in den Arbeitssälen zum Anschlag gebracht:

„Mehrere Arbeiter der Ed. Rheinbergerschen Schuhfabrik haben beschlossen, eine Kasse zu gründen, durch welche im Falle jeder Art von Arbeitseinstellung die Mitglieder der Kasse während der Dauer der Arbeitseinstellung unterstützt werden. Da voraussichtlich längere Zeit vergehen wird, bis die Kasse in die Lage kommt, ihren Mitgliedern, welche nur aus nichtorganisierten Arbeitern bestehen soll, eine wirklich ausreichende Unterstützung zu gewähren, hat sich Ed. Rheinberger entschlossen, der Kasse ein Kapital von 10000 Mk. bedingungsweise zur Verfügung zu stellen und zu 5 Prozent zu verzinsen. Die Bedingungen, zu welchen das Kapital gestiftet ist, sind folgende: Tritt eine Arbeitseinstellung ein, so sind Herrn Ed. R. resp. dem Ausschusse der zu gründenden Kasse Vorschläge zu machen für die Unterstützung der Mitglieder und bleibt es Herrn Ed. R. anheimgestellt, über die Höhe der Unterstützung zu bestimmen. Die anfallenden Zinsen sind dem Kapital zuzufügen. Herr Ed. R. behält sich vor, auch alten Hilfsbedürftigen oder irgendwelchen Arbeitern seiner Fabrik in Unglücksfällen nach seinem Ermessen Unterstützungen zu gewähren. Sofern im Laufe der Jahre das Stiftungskapital zu den erstgenannten Zwecken nicht angewendet wird und inzwischen die Kasse in der Lage ist, die Leute selbst zu unterstützen, bleibt es Herrn Ed. R. vorbehalten, das Geld ganz oder teilweise für den vorgenannten Zweck zu verwenden. Unter allen Umständen sollen die zur Verfügung vorhandenen Mittel ausschließlich nur zu Gunsten der Arbeiter der Ed. R. Schuhfabrik Verwendung finden, und hat Ed. R. in Aussicht gestellt, bei geeigneten Gelegenheiten der oben genannten Stiftung noch weitere Mittel zuzufügen. Die Fabrikleitung."

Das originelle Schriftstück ist mit der Schreibmaschine hergestellt, trotzdem wollten uns einige Vertreter der Firma (zwei Aufseher und ein Buchhalter) in der zur Stellungnahme in dieser Angelegenheit einberufenen Fabrikversammlung, die von 180 Personen des betr. Arbeiterpersonals besucht war, weiß machen, der ganze Plan sei von den Arbeitern ausgegangen. Mit 174 Stimmen, bei 3 gegnerischen und 2 Stimmenenthaltungen, wurde eine Resolution beschlossen, die der Fabrikausschuß Herrn Ed. R. zu überreichen beauftragt wurde. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die heute im Café Karlsberg tagende Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Ed. Rheinbergerschen Schuhfabrik erblickt in der Bekanntmachung des Herrn Ed. Rheinberger betreffs Gründung einer Kasse für eventuelle Unterstützungen bei Arbeitseinstellungen für nicht organisierte Arbeiter den Versuch, die Arbeiter von dem Anschluß an ihre Organisation abzuhalten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen genannter Fabrik erklären hiermit, daß sie keinen Beitrag in genannte Kasse zahlen und daß sie auf die ihnen angebotene Stiftung von seiten der Firma Ed. Rheinberger unter den angeführten Bedingungen verzichten."

Wenn Herr Ed. Rheinberger etwas stiften will, hat gewiß Niemand etwas dagegen, er darf das Geld auch selbst verwalten, aber die Zeiten sind vorbei, wo sich die Arbeiter beihören lassen und einer zweifelhaften Schenkung zuliebe auf ihr Koalitionsrecht Verzicht leisten. Denn wir wollen uns keiner Täuschung hingeben, Herr Rheinberger: Das Ding mit der Streikkasse für Unorganisierte war dazu angethan, die Leute aus ihrer Organisation zu bringen, resp. die anderen vom Beitritt abzuhalten. So läßt es sich erklären, daß ein Fabrikant 10000 Mk. eine Streikkasse in seinem eigenem Betriebe überweist. Die Stiftung wäre zu schön gewesen, doch sie hat nicht sollen sein.

Die Schuhmacherbewegung in Pirmasens.

Das Erwachen der Schuhmacher in Pirmasens hat Leben und Bewegung in allen Kreisen der pfälzischen Schuhmachermetropole hervorgerufen und erfreulicherweise floß daraus eine neu belebende und stärkende Rückwirkung auf die junge Bewegung unserer Kollegen selbst zurück. Gerade hierin liegt auch der Beweis dafür, daß sie eine urwüchsige, dem lebhaft empfundenen Bedürfnis entsprungene, ein notwendiges Produkt der fortschreitenden Entwicklung und nicht das künstliche Erzeugnis der berüchtigten „Hetzer" und „bezahlten Agitatoren" ist. Verwunderlich ist bei dem Auftreten unserer Pirmasenser Kollegen nur eins, nämlich das, daß es so lange gedauert hat, bis sie die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens, des organisatorischen Zusammenschlusses und der praktischen Solidarität erlangten.

Die Schilderungen, die Francke in seinem Buche über die Schuhmacherei in Bayern von den Zuständen in der Pirmasenser Schuhindustrie gab und die zum erstenmale einen lehrreichen Einblick in die bezüglichen Verhältnisse gestalteten, mußten schon damals in dem denkenden Leser die Ueberzeugung erwecken, daß hier eine heillose Versumpfung sich vollzieht, oder einmal ein Erwachen mit Schrecken erfolgt, wenn es nicht gelingt, die Arbeiter zu organisieren und die naturnotwendige Bewegung in geregelte Bahnen zu bringen. Die kapitalistischen Hetzer in Pirmasens sollten den von ihnen verachteten „bezahlten Agitatoren" im höchsten Maße für die Organisierung und Disziplinierung der jahrzehntelang hilflos und widerstandslos ausgebeuteten Arbeiter dankbar sein, denn es waren noch niemals organisierte Arbeiter, welche Maschinen demolierten, Fabriken anzündeten, Fabrikanten und Fabrikdirektoren totschlugen, sondern nur unorganisierte Arbeiter machten ihren jahrelang genährten Gefühlen der Unzufriedenheit und der Empörung in dieser rohen, barbarischen und antisozialen Weise Luft.

Francke schrieb im Jahre 1893 in seinem Buche unter anderm: „Leider verführt das wirtschaftliche Uebergewicht viele Besitzer von Großbetrieben zu mancherlei Uebergriffen bei Bemessung der Löhne. Unter den Arbeitern in Pirmasens wird namentlich über folgende Punkte geklagt:

a) Die Stücklohntarife sind derart kompliziert, daß ein Arbeiter selten genau auf Heller und Pfennig den Ertrag seiner Arbeit selber berechnen kann; er ist hier auf die vom Fabrikanten aufgestellte Kalkulation angewiesen.

b) Häufig werden Abzüge gemacht, selbst bei tadelloser Ware, weil der Arbeiter im Accord, nach der Meinung des Fabrikanten, „zu viel" verdiene; solche Fälle sind mir selbst von Arbeitgebern ganz naiv erzählt worden, z. B. daß ein besonders fleißiger und geschickter Zwicker sich am Wochenschluß eine Herabsetzung von 10 Pfg. pro Dutzend Paar gefallen lassen mußte, weil sein Wochenverdienst sich auf 28 Mk. nach dem Tarif gehoben hatte.

c) Ebenso ist es in den letzten Jahren, namentlich während des schlechten Geschäftsganges und der wilden Konkurrenz vorgekommen, daß von den Fabrikbesitzern ohne weiteres einseitig Lohnherabsetzungen von 10, 15, ja 20 Prozent dekretiert worden sind; „wer sich nicht fügt, kann ja gehen," lautete die Antwort auf die Vorstellung der Arbeiter.

d) Die Stepperinnen müssen sich in manchen Fabriken einen Abzug von 10 bis 15 Pfg. pro Woche gefallen lassen für die Benutzung der Dampfkraft, mit der die Nähmaschinen getrieben werden — ein Unfug, der sich aus der Zeit erhalten hat, wo die mechanische Kraft die menschliche ablöste, allerdings zur großen Erleichterung der Arbeiterinnen, aber doch zum ebenso großen Nutzen der Arbeitgeber.

e) Auch in den Großbetrieben muß der Arbeiter die gewöhnlichen Fournituren von selber zahlen; häufig besteht der Zwang, daß diese Hilfsmaterialien, namentlich Seide, Zwirn, Garn vom Fabrikanten entnommen und dann noch höher (5 bis 6 Pfg.) bezahlt werden müssen als im Laden. (Verstoß gegen § 115 der Gewerbeordnung.)

f) Eine ganz eigenartige Einrichtung ist das „Stinggeld". Dem Arbeiter wird vom Lohn wöchentlich Geld einbehalten und dies ihm am Ende des Jahres ausgezahlt; geht er früher, so bekommt er dies „Gutgeld" nicht. Vor dem Gewerbegericht in Pirmasens wurde z. B. im März 1893 folgender Fall verhandelt: Ein Arbeiter gab an, er sei mit 17 Mk. Wochenlohn eingestellt, 15 Mk. bekomme er auf die Hand, 2 Mk. würden ihm am Neujahr ausgezahlt. Der Arbeitgeber erklärte, der Arbeiter sei nur zu 15 Mk. Wochenlohn eingestellt und ihm gesagt worden, wenn er ein Jahr lang da sei, so bekäme er ein Geschenk (Das ist ja geradezu ein gaunermäßiger Trick! D. Red.) von 2 Mk. per Woche. Der Arbeiter trat aber schon nach 18 Wochen aus, die 2 Mk. pro Woche (also 26 Mk.) wurden ihm verweigert. Er klagte deshalb beim Gewerbegericht. In der Begründung seiner Klage wies er zum Beweise, daß 17 Mk. und nicht 15 Mk. Wochenlohn ausgemacht gewesen sei, auf den Umstand hin, daß ihm, wenn er einen halben oder viertel Tag in der Fabrik gefehlt habe, entsprechende Abzüge nach dem Wochenlohne von 17 Mk. gemacht worden seien — mithin sei diese Summe Lohn, nicht aber 15 Mk. und 2 Mk. Geschenk. Das Gewerbegericht aber erkannte in dem „Stinggeld" eine Gratifikation für langes Ausharren im Arbeitsverhältnis und wies die Klage ab. (Das war ein heiteres Urteil eines Gewerbegerichts. D. Red.) Diese Entscheidung hat große Erregung unter den Arbeitern hervorgerufen und begreiflicherweise die Abneigung verstärkt, sich auf derartige Abmachungen mit „Gutgeld" einzulassen, die die Bewegungsfreiheit des Arbeiters einschränken.

g) Eine weitere Klage und Quelle häufiger Zwistigkeiten ist die Thatsache, daß bei Einführung neuer Maschinen und bei Ausbildung weiterer Arbeitsteilung die Gesamthöhe der Löhne zu Gunsten der Fabrikanten gedrückt werde."

In diesen Federzeichnungen des Herrn Francke, der kein „Hetzer" und „bezahlter Agitator" ist, sondern ein „gutgesinnter" Mann, dem die Regierung für seine Thätigkeit als Redakteur der „Soz. Praxis" den Professors-Titel verliehen hat — in diesen Federzeichnungen nach der Natur tritt uns in lebendiger Anschaulichkeit das Portrait des Pirmasenser Schuhfabrikanten vor Augen, der nach berüchtigtem Muster der „Herr im Hause" ist und frei nach Willkür schaltet und waltet, dabei immer das Ziel im Auge und es plannäßig verfolgend, aus dem Arbeiter soviel Arbeit und Gewinn, als nur irgend möglich, herauszupressen. So war er im Jahre 1893, ist er heute anders?

Nach alledem, was in jüngster Zeit in Pirmasens vorgekommen ist, muß man die Frage verneinen. Dazu berechtigt neben verschiedenen andern in diesem Blatte bereits besprochenen

und erwähnten Vorgängen vor allem der Beschluß der Schuhfabrikanten-Vereinigung im Pirmasenser Bezirk mit dem Sitze in Rodalben über die Errichtung eines Kartellverhältnisses zur Aussperrung bezw. Aechtung der Arbeiter. Nach dem „Schuhmarkt" soll dieses Kartellverhältnis mit dem Pirmasenser Fabrikantenverein darin bestehen, „daß in Pirmasens ausgeschlossene Arbeiter nicht bei den Mitgliedern der Bezirksvereinigung und umgekehrt, von den Mitgliedern der Bezirksvereinigung ausgeschlossene nicht in Pirmasens beschäftigt werden dürfen. Zuwiderhandelnde werden den Statuten entsprechend beiderseits bestraft; unterbleibt diese Bestrafung, so haften die Vereine gegenseitig mit einer Konventional-Strafe von Mk. 500."

Diese Verabredungen stehen nach unserer Meinung im Widerspruch zu § 153 der Gewerbeordnung und wir zweifeln nicht daran, daß gegen Gewerkschaften der Arbeiter wegen solcher gegen die Unternehmer gerichteten Vereinbarungen von Polizei und Staatsanwalt strafrechtlich vorgegangen werden würde. Der Pirmasenser Bezirksverein erhielt aber für sein Verschwörer-Statut anstandslos die Genehmigung des dortigen Bezirksamtes und er beeilte sich daher, dasselbe sofort drucken zu lassen.

Mit dieser Verschwörung gegen die Arbeiter, deren weitragende und unheilvolle Folgen die Scharfmacher vielleicht nicht einmal zu erkennen vermögen, ist in Pirmasens und Umgebung der wirtschaftliche Krieg, der Kampf aller gegen alle proklamiert, ist eine so dreiste Provokation der Arbeiter verübt, daß von vornherein die Verantwortung für alle Konsequenzen den aus dem Geleise geratenen Schuhfabrikanten in Pirmasens, Rodalben und weiterer Umgebung aufgebürdet werden muß. Der Verein deutscher Schuhmacher muß jede Verantwortung für die von den Pirmasenser Scharfmachern provozierten Kämpfe ablehnen.

Zur Charakteristik dieser Herren haben sie selbst noch weiteres Material geliefert. In demselben im „Schuhmarkt" veröffentlichten Pirmasenser Berichte wird mitgeteilt, daß der Wortlaut einer einheitlichen Fabrikordnung festgestellt und diese dem Bezirksamt zur Genehmigung vorgelegt wurde. Kein Wort davon, ob dieselbe nach den gesetzlichen Vorschriften auch den Arbeitern zur Meinungsäußerung vorgelegt worden ist. Der § 134 d der Gewerbeordnung bestimmt darüber nämlich ganz unzweideutig, daß „vor dem Erlaß der Arbeitsordnung oder eines Nachtrages zu derselben den in der Fabrik oder in den betreffenden Abteilungen des Betriebes beschäftigten großjährigen Arbeitern Gelegenheit zu geben ist, sich über den Inhalt derselben zu äußern." Und der folgende § 134 e bestimmt, daß die von den Arbeitern gegen die Fabrikordnung geäußerten Bedenken sowie die infolgedessen getroffenen Abänderungen binnen drei Tagen der unteren Verwaltungsbehörde (Bezirksamt) mitzuteilen sind. Haben die Pirmasenser und Rodalber Fabrikanten den Arbeitern ihre Arbeitsordnung vorgelegt? Wenn es nicht geschehen ist und das Bezirksamt sie dennoch genehmigen sollte, so müssen sie die Arbeiter nicht anerkennen, da sie nicht gesetzmäßig zustande gekommen ist. Die ganze Willkür und der Mangel an Gesetzessinn der Unternehmer bekundet sich in diesem „Hausherrn-Absolutismus" gegenüber den Arbeitern. Eventuell mögen sich unsere Kollegen an den Fabrikeninspektor, Herrn Lorenz Kröller in Speyer, um seinen Beistand wenden.

Das Bild von der Wirksamkeit der Pirmasenser Schuhfabrikanten bliebe nur ein Bruchstück, wenn nicht auch noch eine andere bösartige Scharfmacherei erwähnt würde. Der Fabrikantenverein hat nämlich an den Stadtrat eine Eingabe gerichtet, in der er sich über die „Duldung" des Streikpostenstehens beklagt und sodann verlangt: „Es möge ein Ortspolizeibeschluß herbeigeführt werden, der das Streikpostenstehen verbiete." Der Pirmasenser Stadtrat wird die kapitalistischen Gesetzesverächter darauf aufmerksam machen müssen, daß er das nicht kann, was der Senat von Lübeck und der Stadtrat von Rostock nicht vermochten. Das fehlte noch, daß irgend eine kapitalistische Ortsbehörde ein Reichsgesetz auf Verlangen von skrupellosen Scharfmachern außer Wirksamkeit setzen könnte. Ein solcher Zustand bedeutete die vollendete Anarchie, woraus folgt, daß die Scharfmacher Anarchisten im Frack und Zylinder sind. Auch dieser Vorgang zeigt, wessen die Pirmasenser Schuhfabrikanten fähig sind.

Was für „Sozialpolitiker" die nationalliberalen Pirmasenser Schuhfabrikanten weiter sind, haben sie in der dortigen Stadtverwaltung bewiesen. Auf Weihnachten hin, dem christlichen Feste des Friedens, der Freude und des Wohlgefallens der Menschen, hat der Pirmasenser Stadtrat auf den Antrag des Armenpflegschaftsrates hin und gegen die entschiedene Opposition des Genossen Keidel die Ausweisung von 15 männlichen Personen und 19 Witwen mit zusammen 65 Kindern beschlossen! Die Ausweisung erfolgte aus dem Grunde, an Armenausgaben zu sparen, ferner: auch an Schulausgaben, da die Anstellung eines neuen Lehrers notwendig geworden war. Ein besseres und wirksameres Mittel, an den Armenausgaben zu sparen, wäre die Bezahlung ordentlicher Arbeitslöhne der Schuhfabrikanten an ihre Arbeiter, damit sie ordentlich auskommen und auch für Notlagen des Lebens vorsorgen könnten und damit ferner nicht aus den Geldern aller Steuerzahler den Fabrikanten Geschenke gemacht werden müßten in Form von Armenunterstützung als Zuschüsse an die gezahlten elenden Hungerlöhne.

Wenn schließlich die Pirmasenser Scharfmacher den Aufschwung der dortigen Schuhmacherbewegung als „sozialistische Propaganda für die nächste Reichstagwahl" darstellen, so lügen sie zwar, aber sie bekunden dadurch doch ihr schlechtes Gewissen, das ihre Sache für verloren hält. Gewiß ist zu wünschen, daß die Tausende von Schuhmachern in Pirmasens nicht durch einen nationalliberalen Fabrikanten, sondern durch einen Mann im Reichstage vertreten sind, der mit ihnen denkt und fühlt, der sich ihrer Interessen annimmt und nicht dem Geldsack dient, sondern für das Recht der Arbeit kämpft. Wenn zu diesem parteipolitischen Umschwung indirekt das Erwachen und Aufraffen unserer Pirmasenser Kollegen ebenfalls beitragen sollte, so würden wir diese Wirkung und diesen Erfolg mit größter Freude begrüßen.

Erhöhung der Schuhpreise.

Der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten erläßt in der Presse folgende Erklärung:

Wie bekannt, sind in den letzten Wochen auf dem Rohfellmarkte bedeutende Veränderungen vorgegangen, welche sich in einer großen Knappheit an Ware und demzufolge in wesentlichen Preiserhöhungen ausdrücken. Die Schuld daran tragen die verminderten Schlachtungen, eine Folge der Fleischnot und die gesteigerten Aufkäufe für amerikanische Rechnung, was auf Maßregeln des übermächtigen Ledertrust zurückzuführen ist.

Die Lederfabrikanten sahen sich begreiflicherweise genötigt, bei der verteuerten Eindeckung mit Rohware die Lederpreise ganz wesentlich zu erhöhen und daraus ergibt sich mit Notwendigkeit die Folge, daß auch die Schuh- und Schäftefabrikanten gezwungen sind, mit ihren Verkaufspreisen heraufzugehen, denn die Preisdifferenz der Leder macht mehr aus, als der Nutzen beträgt, der an Schuhwaren zu erzielen ist.

Wir fühlen uns deshalb verpflichtet, unseren Abnehmern rechtzeitig den Ernst der Lage vorzustellen, insbesondere auch, damit dieselben die heute maßgebenden Preisverhältnisse bei Bewertung ihrer Lager- und Abschlußbestände zur Anwendung bringen mögen, und wir weisen darauf hin, daß es bei den erheblichen Aufschlägen, welche die verschiedenen Ledersorten erlitten haben, zur eisernen Notwendigkeit geworden ist, auch die Preise der Schuhwaren in die Höhe zu setzen.

Noch bemerken wir, daß wir ebenso das kaufende Publikum durch eine Reihe von Artikeln in der Tagespresse darüber aufgeklärt haben, wie die Schuhhändler durch die erwähnten Umstände gezwungen sind, für Schuhwaren jetzt höhere Verkaufspreise zu verlangen.

Hochachtungsvoll

Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten.

Der Fabrikantenverband bemüht sich, die Erhöhung der Lederpreise durch die Fabrikanten als gerechtfertigt nachzuweisen, in gleichem Maße natürlich auch die notwendigerweise daraus folgende Erhöhung der Schuhpreise. Wenn wir auch den Zeitpunkt für solche Veränderungen angesichts der ungeschwächten Fortdauer der Krise als recht wenig günstig erachten, so müssen wir es doch als vernünftig begrüßen, daß man die höheren Lederpreise nicht, wie schon so oft, durch weitere Reduktion der Arbeitslöhne, sondern durch die Erhöhung der Schuhpreise auszugleichen sucht. An den Arbeitslöhnen der Fabrikschuhmacher darf nichts mehr abgezwackt werden, siehen sie doch so wie so ziemlich allgemein auf dem Hungerniveau und bedürfen sie daher dringend einer Erhöhung.

Für die Erhöhung der Schuhpreise wird auch in der Tagespresse ungefähr in dem Sinne der vorstehenden Fabrikantenerklärung Stimmung gemacht, allein die Schuhhändler wollen nicht recht entgegenkommen. So wurde in einer Versammlung des Schuhhändlervereins des Herzogtums Braunschweig betont, daß eine Erhöhung der Schuhwarenpreise unmöglich sei, „so lange die Warenhäuser den Geschäften solche ungeheure Konkurrenz machen. Zuerst müssen die Fabrikanten vorgehen, nicht mehr den Warenhäusern erheblich billigere Preise zumachen, und dann muß es unterbleiben, daß verkrachten Existenzen planlos Kredite gewährt werden, mit der Devise: geht's, dann ist es gut, geht es nicht, dann ist es auch gut. Nichtig ist es aber, für gute Ware gute Preise zu verlangen."

Dagegen wurde im Erfurter Schuhhändlerverein folgende Resolution angenommen:

„Eine gleichmäßige Erhöhung der Schuhpreise, die den Schuhhändlern wohl auch schon vor Erhöhung der Lederpreise sehr not gethan, ist wünschenswert, aber nicht durchführbar, da Voraussetzung für ein solches Beginnen gleichmäßige Einheitspreise sein müssen, die sich für die Schuhbranche unmöglich einführen lassen. Jedoch sind alle Anwesenden von der Notwendigkeit der Erhöhung der Preise überzeugt und soll ein Jeder, nachdem er sich klar geworden, ob sein bisheriger Verdienst-Prozentsatz überhaupt nicht zu niedrig gewesen, für sich die Preise der einzelnen Artikel nach und nach erhöhen!"

Inzwischen fahren die Lederindustriellen fort, die Lederpreise weiter zu erhöhen. So hat die Lederfabrik de Fesselle & Cie. in Aachen zum zweitenmale die Preise für Sohl- und Oberleder um 10 Pfg. per Kilo erhöht. Wenn die Schuhfabrikanten in der Preisfrage so einig wären, wie gegenüber den Arbeitern, so könnten sie leicht eine Preiserhöhung durchsetzen.

Soziale Rundschau.

Die Gerbstoffzölle und die Lederindustrie. Die wahnsinnig hohen Gerbstoffzölle sind von den Zollbriganten mit so vielen anderen Prohibitivzöllen im Bausch und Bogen im Reichstage durchgesetzt und es nun in das Belieben der Regierung gestellt, wie weit sie dieselben bei den Unterhandlungen mit dem Ausland über neue Handelsverträge herabsetzen will. Kommen aber solche gar nicht zustande und es tritt der Zolltrieg ein, den ja die Mehrheit der Ueberzöllner will, dann werden eben die hohen Zölle in Kraft gesetzt. Im Reichstage haben Wurm und unser Kollege Bock in entschieden wirksamen Reden besonders die Gerbstoffzölle bekämpft, aber die entfesselte Zollbestie kümmerte sich um keine Reden und Anträge der Opposition mehr, sondern setzte mit Gewalt ihre verrückten Zölle durch. Die einzigen Freunde der im höchsten Grade gefährdeten deutschen Industrie waren im Reichstage die Sozialdemokraten und das Häuflein der freisinnigen Vereinigung; aber sie mußten gegenüber der brutalen Uebermacht unterliegen. Unsinn, du siegst! können sie sagen. In „Schuh und Leder" gibt der Lederfabrikant Dr. Hecker in Barr seiner Empörung über die ruinösen Gerbstoffzölle rückhaltlos Ausdruck. Er konstatiert mit Ingrimm die völlige Erfolglosigkeit aller Bemühungen der Gerberverereinigungen zur Wiederbesetzung der verrückten Gerbstoffzölle und schließt: „Darum sage ich: Weg mit der Ungewißheit! Kann oder will die Regierung an den Gerbmaterialienzöllen nichts mehr ändern, so soll dies offen gesagt werden. Wir müssen wissen, was uns bevorsteht, und das Schlimmste sicher zu wissen, ist für uns besser als Hangen und Bangen in schwebender Pein. Sind einmal die Handelsverträge da und die hohen Gerbmaterialienzölle auch, dann ist es für die meisten unter uns zu spät, in unseren Betrieben diejenigen Umwälzungen vorzunehmen, welche uns vom Ruin retten müssen."

Arbeitslosigkeit. In Karlsruhe hat eine Mitte November auf Veranlassung des Gewerkschaftskartells stattgefundene Arbeitslosenzählung 115 Arbeitslose ergeben, wovon die meisten Bauarbeiter, aber auch Angehörige verschiedener anderer Berufsarten waren. 65 waren verheiratet, 44 ledig, 5 Witwer, 28 organisiert und 86 unorganisiert. Die Stadtverwaltung läßt Notstandsarbeiten ausführen. — In Kiel wurden über 500 Werftarbeiter entlassen, so daß also die Staatsbetriebe noch zur Vermehrung der Arbeitslosen beitragen. — In Stuttgart wurden 728 Arbeitslose und 879 Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit gezählt, in Cannstatt 64 bezw. 162, in Göppingen 90 Arbeitslose. — Das Männerasyl des Berliner Asylvereins war im Oktober von 21 069, das Frauenasyl von 5222 Obdachlosen besucht. — Der Bundesrat hat der arbeitsstatistischen Abteilung des statistischen Amtes den Auftrag gegeben, das Material über die im Reiche bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu sammeln.

225,8 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen kamen im Monat November in Deutschland gegen 174,8 im Oktober und 247,9 im November 1901, also eine erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Oktober und eine leise, kaum fühlbare Besserung gegenüber dem November 1901. Ein plötzliches Ende erreichten die Bauarbeiten infolge des Eintritts des strengen Winters, eine Besserung erfuhr dagegen aus demselben Grunde der Kohlenbergbau.

Ein Kartoffelring hat den deutschen Volke gerade noch gefehlt, um den Allerärmsten ihr notwendigstes Ersatzmittel für Nahrung zu verteuern, und prompt setzt das Agrarierium die Gründung eines solchen Ringes in Scene, damit der durch günstigen Ernteausfall und Produktionseinschränkung in der Schnapsbrennerei befürchtete Preisrückgang abgewendet wird. Der agrarische Abg. Dr. Rösicke bezweifelt zwar die Möglichkeit eines einheitlichen Kartells, empfiehlt aber dafür die Bildung lokaler Kartelle, als deren Aufgabe er die Festhaltung eines Mindest-Engrospreises, Errichtung von Lagerräumen und Organisation des Kleinverkaufs empfiehlt. Bald wird es keinen Bissen am Munde und keinen Faden am Leibe mehr geben, für den das Volk nicht den Kartellen zinsen und frohnden muß!

Bericht der Konferenz der Agitations-Kommission für Hannover, Braunschweig und Lippe

am 9. November 1902 in Braunschweig.

Die Konferenz wurde vormittags 11½ vom Kollegen Dietzel aus Braunschweig mit einer Ansprache eröffnet. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht der Kommission, 2. Situationsbericht der Delegierten, 3. Agitation und Organisation, 4. Sitz der Agitations-Kommission, 5. Anträge und Verschiedenes. Als Vorsitzende wurden gewählt Dietzel-Braunschweig und Schweinberger-Hildesheim, als Schriftführer Nickelmann-Hannover und Mattegit-Hildesheim. Vertreten waren 8 Zahlstellen mit 10 Delegierten, 8 Mitglieder der Agitations-Kommission und als Vertreter des Hauptvorstandes Kollege Haupt-Magdeburg; nicht vertreten waren 3 Zahlstellen. Kollege Mattegit stellte den Antrag, auf 50 Mitglieder eine Stimme und auf jede angefangenen 50 Stimmen eine Stimme mehr und der Agitations-Kommission drei Stimmen einzuräumen; dies wurde angenommen. Der Vorsitzende der Kommission berichtete in ausführlicher Weise über die Thätigkeit derselben in den letzten zwei Jahren. Stattgefunden haben 19 Sitzungen und 10 Agitationsversammlungen, gegründet wurde eine Zahlstelle (Schneverdingen), in Soltau ist die Gründung einer Zahlstelle fehlgeschlagen. Ein Streik in Osnabrück endete ohne Erfolg und eine Aussperrung in Braunschweig hatte durch Vermittlung der Kommission zur Folge, daß die Kollegen zu den alten Bedingungen wieder eingestellt wurden. Eingegangen sind 89 Briefe und 25 Karten, ausgegangen 58 Briefe und 34 Karten. Sodann kritisierte noch der Vorsitzende das Verhalten der Zahlstelle gegenüber der Kommission, indem die meisten Anfragen nicht beantwortet werden und dadurch der Kommission die Arbeit erschwert werde.

Sämtliche Delegierten erstatteten nun den Situationsbericht und stellten fest, daß überall die Lage der Schuhmacher eine traurige ist, hauptsächlich herrschen niedrige Löhne und eine lange Arbeitszeit vor.

Zum Punkt 3 hatte Kollege Haupt das Referat übernommen. Er führte aus, über Organisation und Agitation könne nicht oft genug geredet werden. Wenn man sich die jetzige Organisation vergegenwärtige, so finde man namentlich bei den jüngeren Kollegen die Ansicht vertreten, daß es immer so gewesen sei. Dem sei aber nicht so; es habe früher tüchtige und einsichtige Kollegen gegeben, die bei einem Wochenbeitrage von 10 Pfg. noch 50 Pfg. bis 1 Mk. wöchentlich auf Sammellisten zeichneten. Das war aber ein unhaltbarer Zustand, deshalb erhöhte man auf den Generalversammlungen die Beiträge auf 15 Pfg. und später auf 20 Pfg. Der Referent war ferner der Ansicht, daß man der Agitationskommission einen festen Prozentsatz der Gesamtbeiträge, nämlich 5 Prozent, abliefern solle, damit sie nicht von der Gnade der ihnen zugewiesenen Zahlstellen abhinge. Auch war er der Ansicht, einen Versuch mit der Anstellung besoldeter Bezirksbeamten zu machen. An Gründen für die Bessergestaltung unserer Verhältnisse fehle es nicht, man denke nur an die Sterbetabelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, wonach 48 Prozent der Todesfälle auf Schwindsucht entfallen. Bei dem 10 Pfg.-Beitrag hätte man meinen sollen, die Mitgliederzahl werde eine größere sein. Das Gegenteil sei der Fall, seit Erhöhung der Beiträge ist die Mitgliederzahl stärker geworden. Bei der jetzigen Zahl von 20 000 sind seit der Gründung 100 000 Mitglieder aufgenommen worden. Hier müsse etwas geschaffen werden, damit man die Mitglieder mehr an die Organisation fesle. Er empfahl daher die obligatorische Einführung der Kranken-Zuschußkasse. Ueber das Referat entspann sich eine rege Debatte und gingen betreffs Agitationskommission und Bezirksbeamten wegen des Kostenpunktes die Meinungen weit auseinander. Doch erklärte man sich mit der obligatorischen Einführung der Krankenzuschußkasse und der fünfprozentigen Abgabe der Gesamteinnahme an die Agitationskommission einverstanden. In diesem Sinne sei die Agitation bis zur nächsten Generalversammlung zu entfalten.

Es wurde beschlossen, den Sitz der Agitationskommission in Hildesheim zu belassen. Ferner wurde angenommen, den Delegierten von Osnabrück 10 Mk. und von Celle 5 Mk. zu gewähren und auf der nächsten Konferenz nur Delegierte, welche mit einem Mandat und Mitgliedsbuch versehen sind, zuzulassen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Konferenz mit einem dreimaligen Hoch auf den Verein deutscher Schuhmacher um 7 Uhr geschlossen.

Die Abrechnung, die auf der Konferenz ihre Zustimmung gefunden, ergibt folgendes Resultat:

Einnahmen.

Kassenbestand am 26. Dezember 1900	Mk.	29,09
Von der Zahlstelle Hannover	„	40,—
„ „ „ Braunschweig	„	37,90
„ „ „ Hildesheim	„	37,—
„ „ „ Osnabrück	„	12,90
„ „ „ Peine	„	7,90
„ „ „ Hessisch-Oldendorf	„	5,—
„ „ „ Helmstedt	„	3,—
„ „ „ Osterrode	„	3,—
„ „ „ Minden	„	—,85
Von der Hauptkasse	„	150,—
Summa	Mk.	326,64

Ausgaben.

Für Agitation	Mk.	180,20
Für 1 Stempel	„	4,—
Für Pakete, Postabschnitte, Briefe und Postkarten	„	17,91
Vergütung der Kommissionsmitglieder für 1901 und 1902	„	40,40
Ein Telegramm von Braunschweig nach Bremen	„	1,30
Auslagen für die Konferenz vom 26. Dezember 1900	„	5,20
Summa	Mk.	249,01

Einnahmen	Mk.	326,64
Ausgaben	„	249,01
Kassenbestand am 2. November 1902	Mk.	77,63

Mitteilungen.

Dresden. Um den hiesigen Kollegen Gelegenheit zu geben sich in ihren Fachkenntnissen weiter auszubilden, veranstaltet die Lokalkommission auch in diesem Winter wieder einen Fachkursus. Dieser beginnt bereits Sonntag, den 4. Januar im „Volkshaus", Ritzenbergstraße 2. Die Stunden finden vormittags von 10 bis 12 Uhr statt. Wir erwarten, daß die Kollegen die günstige Gelegenheit, sich in ihrem Berufe weiter auszubilden, nicht unbenutzt vorübergehen lassen und sich recht zahlreich an dem Kursus beteiligen.

Endingen. Die letzte Mitgliederversammlung der Zentralkrankenkasse der Schuhmacher protestierte einstimmig gegen die Streichung des § 12, Abs. 3, weil sie darin eine Ungerechtigkeit und Schädigung der doppeltversicherten Mitglieder erblickt. Im übrigen schließen wir uns den dagegen geltend gemachten Gründen der anderen Filialen an. Mögen alle Kollegen darauf hinwirken, diesen ungerechten Beschluß umzuwerfen.

Elmshorn. Kollegen, am Sonnabend, den 3. Januar findet im Vereinslokal unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderm auch: „Der Arbeitsnachweis des Vereins deutscher Schuhmacher mit Berücksichtigung der letzten Vorgänge." Erscheint zahlreich in der Versammlung. Nicht allein in dieser Versammlung sollt ihr erscheinen, nein, an allen Mitgliederversammlungen sollt ihr teilnehmen, damit der kollegiale Geist unter uns besser gepflegt wird.

Hessisch-Oldendorf. Betreffs des Streiks und der Aussperrung der hiesigen Fabrikschuhmacher teilen wir noch mit, daß sich einer der Streikenden, Hermann Bilitz, nachdem er schon 2 Wochen Unterstützung erhalten hatte, erdreistet hat, zum Fabri-